

2. Juli 2009: 136. Generalversammlung der Zürcher Handelskammer

Der richtige Augenblick ist jetzt!

Gestärkt aus der Wirtschaftskrise

Referat von Dr. Thomas Heiniger, Stv. Volkswirtschaftsdirektor Kanton Zürich

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin

Liebe Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus der Kantonsschule Zug

Sehr geehrte Mitglieder und Gäste der Zürcher Handelskammer

Meine Damen und Herren

Die Ehre, die mir heute zuteil wird, ist wohl eine einmalige: Ich darf zum zweiten Mal in Folge als Gastredner vor den Mitgliedern und Gästen der Zürcher Handelskammer auftreten. Doch bei aller Ehre setzt es mich auch unter Druck: Ich zweifle keinen Augenblick, dass Sie die Worte eines «Wiederholungstäters» besonders kritisch prüfen.

Dies umso mehr, als ich heute als Stellvertreter unserer Volkswirtschaftsdirektorin vor einem ausgewiesenen Fachpublikum spreche. Das bin ich mir als Gesundheitsdirektor zwar zu einem gewissen Grad gewohnt – denn wer ist keine Fachperson in Gesundheitsfragen? Aber vor der versammelten Zürcher Wirtschaft über die Situation und die Perspektiven der Zürcher Volkswirtschaft zu referieren, ist zweifellos eine Herausforderung von besonderer Qualität. Bevor ich mich dieser Herausforderung stelle, möchte ich es nicht unterlassen, meiner Kollegin Rita Fuhrer eine rasche und vollständige Genesung zu wünschen.

Meine Damen und Herren, als überzeugter Liberaler bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, dass sich die Wirtschaft grundsätzlich dann am besten entwickelt und reguliert, wenn sie vom Staat nicht behindert und schon gar nicht bevormundet wird. Das gilt auch – und vielleicht ganz besonders – in einer Krisensituation. So gesehen ist die heutige Rollenverteilung verkehrt: Richtigerweise müsste ich im Publikum sitzen und Sie – die Vertreter der Zürcher Wirtschaft – müssten mir sagen, wo der Staat heute Ihre Entwicklung beeinträchtigt.

Nun hat uns die neue Realität aber gerade in den letzten Monaten gelehrt, dass die Wirtschaft – oder Teile davon – die stützende oder gar ordnende Hand des Staats gelegentlich doch ganz nützlich empfinden. Und dass wir uns um die richtigen Rahmenbedingungen kümmern, wird durchwegs als sinnvoll anerkannt.

Diesen Aspekt will ich in den Vordergrund meiner Überlegungen rücken: Wie kann der Staat, namentlich der Kanton Zürich, die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes unterstützen? Was kann der Staat sinnvollerweise dazu beitragen, dass die Wirtschaft floriert, attraktive Arbeitsplätze schafft und Volkseinkommen generiert?

Lassen Sie mich beim Ist-Zustand beginnen, also bei einem kurzen Überblick zur aktuellen Wirtschaftslage und den unmittelbaren Entwicklungsaussichten. Hier befinde ich mich auf sicherem Gelände, hier kann ich mich auf die Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft stützen. Diese Experten sind sich allerdings nicht immer ganz einig. Wer sich die verschiedenen, bisweilen sogar widersprüchlichen Meinungen anhört, versteht, weshalb sich das Wort «Experte» aus dem lateinischen Verb für «erproben» oder «versuchen» herleitet. Denn jeder probt, ob er mit seiner Prognose vielleicht Recht hat. Welcher Prognose glauben Sie, meine Damen und Herren?

Auf ein anderes Grundproblem der Prognosen hat kürzlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hingewiesen. «Die Vorhersagen laufen der realen Entwicklung sowieso nur hinterher», sagte der Chef des Instituts. Sämtliche Auguren hätten die Entwicklung in ihrer Dramatik nicht vorhergesehen. Darum würde das Institut auf eine Prognose für das Jahr 2010 verzichten.

Und noch etwas: Konjunkturvorhersagen haben den Charakter der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen: Negative Prognosen lösen negative Entwicklungen aus. Das ist gefährlich.

Und das gilt auch für negative Beurteilungen der aktuellen Situation durch die Medien. Wenn etwa NZZ und Tages-Anzeiger im Verlauf des vergangenen Jahres in insgesamt 2301 verschiedenen Artikeln den Begriff Rezession verwendeten, dann haben sie einen massgeblichen Beitrag geleistet, dass diese auch wirklich eintritt.

Die Medien verkünden die schlechte Nachricht. Und die Leserinnen und Leser reagieren darauf: Sie geben ihr Geld nicht mehr aus. Und schon gilt es, noch schlechtere Nachrichten zu verkünden. Zum Beispiel, dass die Inserate ausbleiben und Stellen gestrichen werden müssen.

Auch Sie, sehr geehrte Vertreter der Wirtschaft und ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Politik – wir alle müssen uns der Verantwortung bewusst sein, die wir als gesellschaftliche Meinungsbildner tragen. Unsere Äusserungen zur Wirtschaftslage wirken sich aus – auf die eine oder andere Weise.

Und je stärker jemand als Experte auftritt oder wahrgenommen wird, desto grösser ist die Wirkung seiner Aussage. Mit diesem Bewusstsein – und einer entsprechenden Zurückhaltung – will ich nun einen Blick auf die aktuellen Vorhersagen unserer Experten zur wirtschaftlichen Entwicklung werfen.

· **Die Konjunkturforschungsstelle der ETH, kurz KOF**, stellte am 9. Juni ihre neusten Prognosen vor. Die Schweizer Wirtschaft befinde sich bereits im vierten Quartal in einer Rezession, der schwersten seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. In Zahlen sieht das so aus: Das BIP geht in diesem Jahr um 3.3 Prozent zurück, im nächsten Jahr voraussichtlich um weitere 0.6 Prozent. Weil die nächste Lohnrunde für Arbeitnehmende unerfreulich ausfallen werde, müssen wir im Jahr 2009 mit einer Schwächung des privaten Konsums rechnen. Dazu trägt auch die erwartete Arbeitslosenquote bei, die ihren Höchststand Ende 2010 erreichen soll und dannzumal 6 Prozent betrage, so die KOF.

· **Das Staatssekretariat für Wirtschaft, das SECO**, hat am 17. Juni seine neusten Zahlen präsentiert. Die Prognosen des SECO fallen etwas positiver aus als diejenigen der KOF. Das heisst: ein Minus von 2.7 Prozent beim BIP im Jahr 2009 und nochmals minus 0.4 Prozent im Jahr 2010. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrage im kommenden Jahr 5.5 Prozent. Das SECO sieht zwar weltweit Anzeichen für ein Nachlassen der Rezession, aber die Erholung dürfte im nächsten Jahr noch verhalten ausfallen.

· **BAK Basel, die Experten in volkswirtschaftlichen Prognosen**, sind noch etwas optimistischer. Ebenfalls im Juni 2009 gehen sie von einem 2.5 Prozent-Rückgang des BIP für dieses Jahr aus, für das kommende Jahr dann sogar von einem moderaten Wachstum: um 0.2 Prozent soll das BIP 2010 steigen. Dennoch werde die Arbeitslosenquote 2010 auf durchschnittlich 5.2 Prozent ansteigen, so die Prognostiker von BAK Basel. Der leicht optimistischere Ausblick beim BIP erklärt sich übrigens aus der Vermutung, dass der in diesem Jahr dramatisch eingebrochene Export wieder etwas anziehen wird.

· **Economiesuisse, der Wirtschaftsdachverband**, ist wegen des sinkenden privaten Konsums pessimistischer. Um 0.8 Prozentpunkte soll das BIP nächstes Jahr sinken. Die Arbeitslosenquote wird in der Spitze 5.8 Prozent erreichen, so die Experten der Wirtschaft.

· **Der Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Thomas Daum**, machte in diesem Zusammenhang Mitte Juni darauf aufmerksam, dass die Talsohle der Rezession langsam erreicht sein werde. Er sagte gegenüber der NZZ aber auch: «Frühestens gegen Ende 2010 kommt auch im Arbeitsmarkt die Wende.»

Und **Johann Schneider-Ammann**, Präsident von Swissmem, teilte den Optimismus am Industrietag vom 26. Juni überhaupt nicht. Er erklärte, dass er absolut nicht sehe, wann ein Aufschwung wieder beginnen könne.

Sehr geehrte Damen und Herren. Sie merken: Die uralte deutsche Redewendung «Nichts genaues weiss man nicht», ist selten so treffend wie hier. Was also hilft? Sich selbst ein Bild zu machen! Ich werde Ihnen deshalb sec einige Fakten aus unserem Wirtschaftsraum nennen.

- Die für die Schweiz so wichtigen Exporte sind in den ersten Monaten des Jahres 2009 im Vergleich zum Vorjahr um rund 19 Prozent gesunken.

- Bereits im letzten Jahr stagnierte das BIP im Kanton Zürich – und erholte sich seither nicht.

- Die Arbeitslosenquote stieg von 2.5 Prozent im November 2008 auf 3.3 Prozent im April 2009.

- Blicken wir auf den Finanzsektor: Schweizweit waren Ende Mai rund 4900 Personen in diesem Sektor arbeitslos. Dies bedeutet eine Arbeitslosenquote von 2.4 Prozent im Finanzbereich, bei einer allgemeinen Quote von 3.4 Prozent. Zum Vergleich: Die Quote betrug Ende Mai im Maschinenbau 3.2 Prozent, im Gastgewerbe 8.3 Prozent und bei den Uhrenherstellern gar 9.8 Prozent.

Der Abschwung wirkt sich natürlich auf Zürich, auf den bedeutendsten Finanzplatz und das grösste Wirtschaftszentrum der Schweiz aus. So sind von den 1500 Stellenstreichungen bei der UBS viele Arbeitsplätze im Kanton Zürich betroffen. Auch von den 1400 Stellen, die Sulzer jüngst gestrichen hat, wird unser Kanton betroffen sein – wenn auch in geringerem Mass. Landis und Gyr streicht weltweit 300 Stellen, davon rund 50 in Zug und in Fehraltorf.

Aber auch kleinere Firmen trifft es hart. Um nur ein Beispiel zu nennen:

Am 16. Juni hat die Edelstahlgiesserei Wolfensberger in Bauma den Abbau von 50 Stellen bekanntgegeben. National gesehen ein kleiner Verlust; die Standortgemeinde Bauma verliert aber auf einen Schlag 2.1 Prozent ihrer Arbeitsplätze.

Zudem melden 12 Prozent der kantonalzürcher Firmen, dass sie im laufenden Quartal Stellen abbauen werden. Wie der Firma Wolfensberger ist es ihnen auch mit Kurzarbeit nicht mehr möglich, ohne Entlassungen wirtschaftlich stabil zu bleiben. Aufgrund der Restrukturierungen und Stellenstreichungen muss auch der Kanton Zürich wegen sinkender

Steuereinnahmen den Gürtel enger schnallen. Anders als der Bund hat Zürich bislang aber kein Sparprogramm lanciert. Das fände ich denn auch problematisch.

Dies gerade auch im Wissen, dass es verhaltene Anzeichen der Erholung gibt, zum Beispiel aus Deutschland: Der ifo Geschäftsklima-Index geht von einer Stabilisierung der Wirtschaftsleistung aus. Die Europäische Zentralbank rechnet ab Mitte 2010 wieder mit einem Wirtschaftswachstum. Auch aus der Schweiz kommen positive Signale: Das Seco meldet, dass das gefürchtete Gespenst der Kreditklemme noch nicht mal mit den Ketten rasselt. Offensichtlich ist die Unternehmensfinanzierung in der Schweiz kaum beeinträchtigt.

All das sind zaghafte Hinweise auf eine Besserung; der berühmte Silberstreifen am Horizont. Hoffen wir, dass er auf schönes Wetter deutet und nicht Blitz und Donner ankündigt. Nehmen wir nicht die dunkelsten Prognosen als gegeben hin, sondern suchen und finden wir Chancen und Möglichkeiten, um selber etwas in Bewegung zu setzen und arbeiten wir darauf hin. Lassen Sie uns Zuversicht versprühen – es gilt immer noch: Der Aufschwung beginnt im Kopf!

Auch in meinem. Und deshalb habe ich für mein Referat einen anderen Titel gewählt, als ihn meine Kollegin Rita Fuhrer gemäss heutigem Programm vorgesehen hatte. Statt «Zürich im Zeichen der aktuellen Wirtschaftskrise – Licht und Schatten» sage ich: «Der richtige Augenblick ist jetzt! Gestärkt aus der Wirtschaftskrise».

Denn diese Wirtschaftskrise hat uns eines gezeigt: Der Wirtschaftsraum Zürich ist in der Lage, eine schwere weltweite Krise zu bewältigen. Und zwar ohne in fundamentale oder existenzgefährdende Probleme zu schlittern. Dabei hilft nicht nur die verhältnismässig hohe Eigenkapitalbasis des Kantons; auch die ausgezeichneten Standortfaktoren, die wir seit Jahren in Zürich kultivieren und pflegen, stärken uns den Rücken.

Es reicht aber nicht, sich dieser Standortqualitäten bewusst zu sein und abzuwarten, bis sie ganz von selbst zum tragen kommen. Aussitzen ist keine gute Strategie. Der internationale Wettbewerb ist härter geworden, das Klima rauer. Die Angriffe auf unseren Finanzplatz – nicht zuletzt von unseren nördlichen Nachbarn, selbst als mittlerweile gewonnene Freunde – zeigen, dass wir uns für die Zukunft warm anziehen und verstärkt um unsere Position im globalen Wettbewerb kämpfen müssen.

Diese Überlegungen führen zurück zur Kernfrage: Was kann der Staat, was kann der Kanton Zürich zum Erfolg in diesem Kampf beitragen?

Vor kurzem haben wir erfahren, was der Bund beitragen will: Das dritte Konjunkturpaket ist beschlossen. Dieses umfasst vor allem Massnahmen gegen die Langzeit- und die Jugendarbeitslosigkeit. Bereits vorher wurden Stabilisierungsmassnahmen im Infrastrukturbau und im Hochwasserschutz oder auch im Tourismus ausgelöst.

Wenn wir uns zudem umschauen, was andere Kantone machen, finden wir zum Beispiel ein Konjunkturpaket über 90 Millionen Franken im Tessin. Dieses umfasst Steuersenkungen und die Erhöhung der Kinderzulagen – um zwei konkrete Massnahmen zu nennen.

Und was macht der Kanton Zürich? Die Frage ist kurz und bündig; für die Antwort will ich hingegen ein bisschen ausholen. Eins vorweg: Konjunkturpakete sind nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen nützlich. Sie müssen erstens sehr schnell wirken und zweitens die speziellen Voraussetzungen jedes Kantons berücksichtigen. Wenn die Wirkung zu spät einsetzt – nämlich dann, wenn der Aufschwung schon wieder eingesetzt hat – bringen sie ausser hohen Ausgaben für den Staat und das Gemeinwesen nichts. Vielmehr drohen zusätzliche Kosten und eine höhere Steuerlast den Aufschwung zu blockieren.

Konjunkturpakete und Stützungsmaßnahmen aller Art sind deshalb aus meiner Sicht immer mit Risiken behaftet. Sie können nur Notnagel sein – oder «Nothelfer» der Wirtschaftspolitik. Und sie müssen die absolute Ausnahme im politischen Handeln des Staates sein und bleiben.

Der Staat kann sich hingegen engagieren, indem er investiert und beispielsweise baureife Projekte schneller realisiert als geplant. Nur leider macht der Bund oft das Gegenteil. Er wäre zum Beispiel gesetzlich verpflichtet, die Projekte des Agglomerationsprogramms zu finanzieren. Für die erste Etappe von 2011 bis 2014 hat der Bund allerdings eine Nullrunde in Aussicht gestellt. Immerhin geht er von einem durchschnittlichen jährlichen Investitionsvolumen für die kantonalen Agglomerationsprogramme von 300 Millionen Franken aus. Hier besteht dringender Handlungsbedarf von Seiten des Bundes, die Finanzierung sicherzustellen und die Millionen fliessen zu lassen!

Als Finanzierer ist der Bund ein wichtiger Player – aber nicht der einzige. Erlauben Sie mir einen Exkurs zum Problem der Einsprachen. Einige Projekte, die der Staat jetzt, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, bauen könnte, liegen vor Gerichten. Sie werden nicht realisiert, weil Rekurse hängig sind. Rekurse, die immer weiter gezogen werden bis vor das höchste Gericht. Dadurch vergehen Jahre und viel Geld wird verschlungen, bevor der erste Bagger auffahren kann.

Das lässt sich illustrieren: Vor rund einer Woche verbreiteten die Medien, dass die Sanierung der Hardbrücke teurer ausfallen wird als geplant. Nicht etwa um ein paar Hunderttausend Franken, sondern um rund 10 Millionen. Der Grund: Vier Gemeinderäte und ein Nationalrat hatten die 2006 vom Stadtrat beschlossenen Ausgaben mit einem Stimmrechtsrekurs bekämpft, die Entscheide weiter gezogen bis vor Bundesgericht. Dort haben sie im Jahr 2008 verloren. Dennoch mussten als Folge des Rekurses Ausschreibungen abgebrochen, Bauabläufe neu geplant und auf andere, neuere Projekte Rücksicht genommen werden. Und wer bezahlt die 10 Millionen? Natürlich der Kanton aus dem Strassenfonds.

Ein anderes Zürcher Beispiel: das neue Stadion im Hardturm-Quartier. Hier wurde so lange rekurriert, bis der Bau tatsächlich in der geplanten Form durch den Investor Credit Suisse verworfen wurde. Ein Sieg, der die Rekurrenten wohl selbst überraschte. Noch im Januar 2009 äusserten sie, dass bereits die Verhinderung des Baus für fünf Jahre ein Erfolg sei. Wie viel Geld durch diese Rekurse verbrannt wurde, weiss ich nicht. Aber viel war es auf jeden Fall.

Ein Streit im Zürcher Heimatschutz zwischen so genannten Pragmatikern und Bewahrern im Herbst 2008 hat gezeigt, dass es bei Einsprachen gegen grosse Projekte nicht immer zwingend um die Sache geht, sondern oft auch ums Image. Auch wenn klar war, dass gewisse Einsprachen nur verzögernd wirken, am Ende aber sicher abgewiesen werden, so wollen im Heimatschutz doch verschiedene Exponenten diese Einsprachen durch alle Instanzen weiterziehen. Dies ist nur Verzögerungstaktik und hat mit Schutz der Natur oder der Heimat nichts mehr zu tun.

Der Kanton Zürich plant nicht auf Halde! Sobald wir die Pläne entworfen haben, könnten wir unsere Projekte umsetzen. Aber heute müssen so viele, oft aussichtslose Einsprachen behandelt werden, dass sich der Bau lange verzögert. Wir setzen darauf, dass Gerichte diese Einsprachen schnell und effizient behandeln. Und wir appellieren an die besonders einsprachefreudigen Verbände und eifrigen Einzelpersonen, neben ihren Eigeninteressen auch dem Gesamtwohl, der Volkswirtschaft und der Konjunktur einen Gedanken zu schenken. Und dieser Gedanke heisst Tempo!

Konjunkturmassnahmen sollen also schnell wirken. Und sie sollen die speziellen Eigenheiten des Kantons berücksichtigen.

Betrachten wir deshalb, in welcher Verfassung der Standort Zürich im Jahr 2008 war, als sich die Krise bemerkbar machte: Wir hatten eine Anzahl Boomjahre hinter uns, wirtschaftlich ging es uns so gut wie schon lange nicht mehr, die Arbeitslosenquote war auf

äusserst niedrigem Stand. Volkswirtschaftliche Investitionen in Kultur, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur förderten die hohe Lebensqualität zusätzlich.

Für den Kanton Zürich gilt deshalb nicht, fieberhaft nach Massnahmen zu suchen, die sich zwar konjunkturfördernd auswirken könnten, mit den bisherigen Bestrebungen des Kantons aber in keiner Weise zusammenhängen. Vielmehr müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Stärken, die uns die bisherige Entwicklung ermöglichten, die wir in den Jahren des Booms ausbauen und festigen konnten. Was heisst das?

Zuoberst auf der Liste steht die Lebensqualität im Kanton Zürich. Auch wenn ich von Zeit zu Zeit spöttelnde Bemerkungen über den Mercer-Index¹ höre, so ist er doch ein wichtiger Gradmesser dafür, wie unser Wirtschaftsraum international wahrgenommen wird. Unser langjähriger Spitzenplatz in diesem Ranking hat einen Einfluss auf unser Image. Es ist sehr entscheidend, dass wir diesen Trumpf nicht leichtfertig aus der Hand geben. Wo sonst auf der Welt finden Sie einen derart leistungsfähigen Wirtschaftsplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zu unverbauten und wunderschönen Landschaften?

Ebenso trägt zur persönlichen Lebensqualität jedes einzelnen die Gewissheit bei, nicht allzu hohe Steuern zu bezahlen. Deshalb ist es gerade in Krisenzeiten nicht angezeigt, die Steuern zu erhöhen. Wir müssen darauf achten, dass wir sie tief halten können, um die Kaufkraft der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Der Finanzhaushalt soll im Gleichgewicht bleiben.

Auf Bundesebene bedeutet das, dass die gesellschaftlichen Folgekosten der Konjunkturprogramme nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Bundesrat Merz hat am vergangenen Montag in der NZZ darauf hingewiesen. Nach den drei Programmen werde es in einem vierten Schritt darum gehen, die Schulden im Griff zu behalten, sagte er. Wir werden dem Bundesrat auf die Finger schauen müssen, ob er solche Aussagen auch in die Tat umsetzt.

Es kann nicht sein, dass die Kantone später für die Entscheidungen des Bundesrates zahlen müssen. Aber ich will nicht weiter von offenen Rechnungen sprechen, die noch gar nicht geschrieben sind; viel lieber komme ich zu einem nächsten Standortfaktor:

Für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und für alle Bereiche des wirtschaftlichen Wohlergehens unseres Kantons sind gut funktionierende Verkehrs-Infrastrukturen von

¹ Zum ersten Mal seit langem in diesem Jahr nur noch auf Platz 2 hinter Wien

höchster Bedeutung. Nationale und internationale Verbindungen sind die Lebensadern unserer Wirtschaft in Form von Strassen, Schienen und vor allem auch Luftwegen. Kein Export ohne gute Anbindung an die internationalen Märkte. Und gerade der Export ist heute dramatisch von der Krise betroffen.

Im Mai haben die Schweizer Maschinenbauer 30 Prozent weniger exportiert als vor einem Jahr. Der Absturz bei den Uhren beträgt 27.6 Prozent. Wer in solchen Zeiten den Export durch eine Verknappung der Transportmöglichkeiten sowohl für Waren als auch für Geschäftsleute noch weiter zu behindern versucht, handelt äusserst kurzsichtig. Ich denke an die langwierigen Diskussionen um unseren Flughafen.

Es ist doch unbestritten, dass er einer der Garanten für eine gesunde Wirtschaft im Grossraum Zürich ist. Und deshalb ist es ausserordentlich wichtig, dass sich der Flughafen der Nachfrage entsprechend entwickeln kann. Einmal mehr stehen wir aber vor Abstimmungen über Initiativen, die genau das Gegenteil verlangen.

Eine Verteilung der Flugbewegungen über das gesamte Kantonsgebiet – also das Ausbreiten eines flächendeckenden Lärmteppichs – ist in jedem Fall sinnlos. Auf die sogenannte Fairflug-Abstimmung, die im September 2009 zur Abstimmung kommt und genau das fordert, müssen wir deshalb nicht weiter eingehen. Sie wird nicht umsonst bis heute von keiner einzigen nennenswerten politischen Organisation oder Partei unterstützt.

Wesentlich gefährlicher ist die Abstimmung vom nächsten Jahr, die jede künftige Optimierung des Pistensystems verbieten will. Der Souverän wird also darüber entscheiden, ob die Pisten so bleiben sollen, wie sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts gebaut wurden. Dass diese Anlage beinahe 50 Jahre nach ihrem Bau nicht mehr zukunftsweisend sein kann, ist doch eigentlich nicht verwunderlich.

Umso kurzsichtiger wäre es, uns und unseren Nachkommen heute die Option zu verbauen, verkehrs- oder lärmtechnische Verbesserungen zu erreichen – und sei dies über den Neubau oder die Verlängerung von Pisten. Ich – und mit mir der Regierungsrat – empfehle Ihnen deshalb, diese Planungs- und Bauverbotsinitiative genau so abzulehnen wie die Lärmverteilungsinitiative im kommenden September.

Eine Annahme der Initiativen würde die laufenden Bestrebungen im SIL-Prozess wie auch die Gespräche mit Deutschland durchkreuzen. Im SIL-Prozess sind wir auf der Zielgeraden – den Entwurf zum Schlussbericht erwarten wir vom Bundesamt für Zivilluftfahrt diesen Sommer.

In den Gesprächen mit Deutschland hoffen wir, im Herbst 2009 die eindeutigen Zahlen zur Gesamtlärmbelastung beidseits der Grenze zu erhalten. Dann wird die Schweiz einen Lösungsvorschlag erarbeiten und Deutschland unterbreiten. Das entspricht übrigens dem im April 2008 von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesrat Couchepin vereinbarten Vorgehen.

·Meine Damen und Herren, Infrastruktur und Lebensqualität sind zwei zentrale Standortfaktoren. Ein dritter ist das hochwertige Bildungssystem mit Universität und ETH und zahlreichen Fachhochschulen. Ein leistungsfähiges, qualitativ hochstehendes Bildungssystem gehört zu den Schlüsselfaktoren für Wachstum und Innovationsfähigkeit. Je spezialisierter, aber auch komplexer die Unternehmen, umso höher der Bedarf an ausgezeichnet ausgebildeten Mitarbeitenden.

Unternehmen aus aller Welt haben erkannt, dass sie solche Mitarbeitende unter den Abgängern der Uni und der ETH finden. Und sie haben erkannt, dass sich internationale Spitzenkräfte dank unserer hohen Lebensqualität und der ausgezeichneten Infrastruktur gerne im Grossraum Zürich niederlassen. Deshalb kommen sie nach Zürich, eröffnen hier ihre Forschungseinrichtungen wie beispielsweise Google oder sie bauen weiter wie IBM.

Die Spitzenkräfte allein machen es aber nicht aus, dass sich internationale Unternehmen in Zürich niederlassen. Ebenso wichtig sind die geringe Regulationsdichte, die politische Stabilität und das lückenlose Gesundheitssystem.

Sehr geehrte Damen und Herren. Diese eben skizzierten Rahmenbedingungen haben wir in guten Jahren erarbeitet. Es ist ausserordentlich wichtig, dass wir sie auch in Krisenzeiten erhalten. Wir müssen also aktiv weiter arbeiten und unseren Standort fördern.

Es ist von grösster Bedeutung, dass wir unsere Standortfaktoren den potenziellen Interessenten über längere Zeit und immer wieder darlegen. Man ist nämlich selten genau dann zur Stelle, wenn eine Firma aus China oder den USA bei uns ein Standbein sucht. Wenn sich die Entscheidungsträger aber daran erinnern, dass es in der Schweiz den Standort Zürich mit all seinen Vorteilen gibt, haben wir ausgezeichnete Vorarbeit geleistet.

Der Kanton wird bei seinen Bemühungen von der Greater Zurich Area, der GZA, unterstützt. Diese Institution ist verantwortlich für unser weltweites Standortmarketing. Alleine die Ansiedlung von Google, Kraft Foods und dem Microsoft Development Center in den

vergangenen Jahren zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind – auch ohne übertriebene Steuergeschenke.

Wenn ich soeben die Beispiele Google und Kraft Foods genannt habe, will ich noch einen Faktor ansprechen: den breiten Branchen-Mix. Natürlich bildet nach wie vor – und damit meine ich nach wie vor der Krise – der Finanzplatz unsere starke Basis. Für unseren Finanzplatz sind wir weltweit bekannt, unser Finanzplatz hat Zürich und der Schweiz Wohlstand gebracht und durch unseren Finanzplatz stehen wir mit unserem Know-How an der Spitze. Dies wird die Schweizer Finanzwirtschaft auch in Zukunft zu einem begehrten Partner in Finanzgeschäften machen.

Aber der Finanzsektor darf nicht unser einziges Standbein sein. Dabei ist das Prinzip des Clusterings besonders hilfreich. Da werden Unternehmen entlang von Wertschöpfungsketten vernetzt, geclustert, oder wörtlich übersetzt: «zusammengeballt».

Welche Cluster fördern wir am Wirtschaftsstandort Zürich?

- Besonders stolz sind wir auf die Life Sciences, sprich Biotech und Medtech. Dieser Cluster speist sich unter anderem aus den Zürcher Stärken im Gesundheitsbereich. Viele der sehr dynamischen Firmen wurden als Spin-Offs der ETH gegründet. Das Biotech-Center in Schlieren mit innovativen jungen Firmen ist das prominenteste Beispiel. Bereits ansässige Unternehmen in diesem Cluster entfalten überdies eine hohe Anziehungskraft für neue Unternehmen im selben Bereich.

- Auch im Gesundheitswesen und als Teilbereich in der Spitzenmedizin profitieren wir von der hervorragenden Ausbildung an unseren Hochschulen. Die Positionierung in diesem Bereich ist – wie Sie wissen – allein innerhalb der Schweiz nicht ganz einfach. Aber die Zürcher Regierung hat die Förderung und Pflege des Standortfaktors Gesundheitsversorgung und Spitzenmedizin zu einem Ziel für die laufende Legislatur erklärt. Wir wollen in strategische Schwerpunktbereiche der Spitzenmedizin investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich zu stärken.

Es ist unsere erklärte Absicht, den Standort Zürich als Cluster für Spitzenmedizin, für universitäre Medizin, zu positionieren – mit attraktiven und hochqualifizierten Arbeitsplätzen in der Medizin, der Forschung, den angewandten Wissenschaften und der Informationstechnologie.

· Informations- und Kommunikationstechnologien sind auch ein Cluster für sich. Diese Unternehmen schaffen Schlüsseltechnologien für alle Branchen und Wirtschaftszweige. Schweizweit zählt dieser Bereich bereits mehr als 120'000 Beschäftigte, der Anteil am BIP beträgt 8 Prozent. Hochschulen spielen auch in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Ihretwegen hat sich der Walt-Disney-Konzern im Herbst 2008 für eine Industriepartnerschaft mit der ETH entschlossen. Erst kürzlich konnte ich bei der Grundsteinlegung für das neue gemeinsame Nanotech-Zentrum von ETH und IBM mitwirken. Ein Welterfolg!

· Neben diesen Clustern, die auf aktuelle Entwicklungen in Forschung, Wirtschaft und Politik reagieren, sie mitbestimmen oder sie im besten Fall gar anstossen – sind wir noch in einem ganz anderen Bereich sehr stark. Besitzen Sie eine Freitag-Tasche? Oder vielleicht eine Krawatte von Weisbrod? Waren Sie schon einmal an einer Comedy-Show von Beat Schlatter? Die Kreativwirtschaft zählt mehr als 53'000 Beschäftigte im Kanton Zürich. Besonders stark sind die Bereiche Design, Presse, Architektur und Software respektive Game-Design vertreten. Aber auch in Film, Musik und Kunsthandwerk ist der Kanton stark. Wir reden von einer Bruttowertschöpfung von mindestens 5.3 Milliarden Franken.

Noch nicht zur Sprache gekommen ist bisher eine der wichtigsten Stützen unserer sozialen Sicherheit auch – oder besser gerade – in Krisenzeiten.

Das Schicksal Arbeitslosigkeit bedeutet bei uns, dass man sich auf eines der besten sozialen Netze weltweit verlassen kann. Ein Netz, das vor allem von der Arbeitslosenversicherung gehalten wird und den Betroffenen starke und wenig bürokratische Hilfe verspricht. Die meisten Menschen, die ihren Job verlieren, erhalten in der Schweiz während eineinhalb Jahren zwischen 70 und 80 Prozent ihres Bruttolohns.

Diese europaweit sehr guten Leistungen verhindern, dass die betroffenen Menschen ihren Konsum zum grössten Teil einstellen. Zwar kennt die Schweiz – ähnlich wie Dänemark oder Holland – nur einen schwachen Kündigungsschutz, dafür aber umso bessere Leistungen im Fall einer Kündigung.

Der ALV wird von allen Seiten eine hohe Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit attestiert. Und dennoch wissen wir, dass derzeit Schulden bestehen. Die müssen wieder weg. Ich begrüesse es deshalb sehr, dass der Präsident des Arbeitgeberverbands, Rudolf Stämpfli, sich bereit erklärt hat, zugunsten einer Schuldentilgung höhere Beiträge auf Arbeitgeberseite in Kauf zu nehmen.

Meine Damen und Herren, haben Sie es gemerkt? Das war soeben eine positive Botschaft. Eine von mehreren, die ich heute aufgreifen konnte. Es gibt keinen Grund, ausgerechnet der dunkelsten Prognose den grössten Glauben zu schenken. Gerade die aktuelle Krise verdeutlicht unsere starke Substanz und damit unsere Chancen für die Zukunft. Ich bin überzeugt, dass wir gestärkt aus dieser weltweiten Krise herausgehen können. Nutzen wir sie, um uns fit – noch fitter – zu machen. Der richtige Augenblick ist jetzt!

Sorgen wir gemeinsam – wir, die drei starken Partner Wirtschaft, Wissenschaft und Staat – dafür, dass wir Strukturen schaffen, die in dieser Krise bestehen, um vom kommenden Aufschwung zu profitieren – denn dieser kommt bestimmt.